

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 25 (1950)
Heft: 1

Artikel: Baugenossenschaften und Konsumgenossenschaften
Autor: H.B.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-102142>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

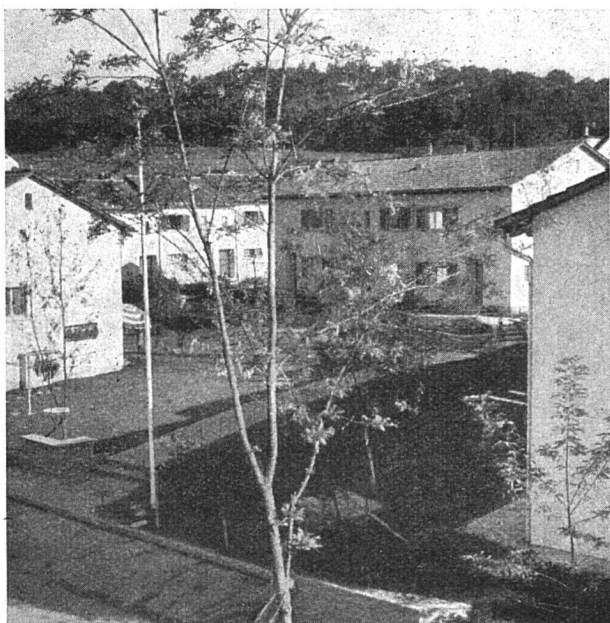
Gelände, und geben der Kolonie dadurch einen besonderen, reizvollen Charakter. Die Gärten können ebenfalls durch Ausgänge aus den Dielen oder Wohnzimmern betreten werden. Die innere Ausführung der Einfamilienhäuser entspricht den üblichen Anwendungen. Aus Ersparnisgründen haben immer zwei oder drei Einfamilienhäuser zusammen eine gemeinsame Waschküche.

Sämtliche Wohnungen und Einfamilienhäuser sind mit elektrischen Apparaten ausgestattet. Die ganze Kolonie wird durch eine Fernheizzentrale beheizt, was sich sehr wirtschaftlich erwiesen hat, speziell in der

Betreuung. Die Mietzinse der Wohnungen liegen ebenfalls im Rahmen der übrigen Kolonien. Die Subventionierung wurde im sozialen Wohnungsbau durchgeführt durch Bund, Kanton und Gemeinde.

Die Kolonie darf als eine wohlgelungene und moderne Wohnkolonie angesprochen werden. Sie wurde nach den Plänen der Architektengemeinschaft A. Neumaier & E. Zweiacker, Stampfenbachstraße 73, und V. Nußbaumer, Architekt, Goethestraße 16, erstellt. Die Gartengestaltung wurde in Verbindung mit den Gartenarchitekten Cramer und Surbeck durchgeführt und entspricht dem Gesamtcharakter der Kolonie.

an.



Einfamilienhäuser - Süd-Ansicht



Einfamilienhäuser - Ansicht von der Obsthaldenstrasse

Baugenossenschaften und Konsumgenossenschaften

Immer in der Zeit der Wohnungsnot entstehen viele neue Bau- und Wohngenossenschaften. Warum entsteht aber periodisch eine Wohnungsnot und ebenso periodisch nach einer Reihe von Jahren Wohnungsüberfluß? Ist das so natürlich? Muß das so sein? Nein, das ist nicht natürlich und müßte nicht so sein. In einer natürlichen Wirtschaftsordnung wäre es nicht möglich, daß Wohnungsnot abwechseln würde mit Wohnungsüberfluß. Diese beiden Erscheinungen stehen nicht für sich allein da. Sie sind nur ein Ausschnitt aus unserer gesamten Wirtschaft. Wie Wohnungsnot mit Wohnungsüberfluß wechselt, so wechseln in unserer kapitalistischen Wirtschaft Konjunktur mit Krise, Warenmangel mit Warenüberfluß und seinen Folgen: Arbeitslosigkeit, Not.

Die kapitalistische Wirtschaft erzeugt diese *allgemeinen* Krisen wie die Krisen auf dem Wohnungs-

markt. Der Ausgangspunkt für jegliche privatkapitalistische Produktion ist das angelegte Kapital, das irgendwo Gewinn sucht. Nicht die Befriedigung des Bedarfes an notwendigen und nützlichen Dingen ist der Sinn und Zweck dieser Produktion, sondern Profit für das angelegte Kapital. Die technische und damit industrielle Entwicklung führte und führt zu immer größerer Konzentration und zur Akkumulation von Kapital in den Händen von immer weniger Menschen. Diese Menschen können den Mehrwert, den sie aus der gesellschaftlichen Arbeit von Hunderten und Tausenden von Menschen ziehen, niemals selber verbrauchen. Das Geld, das sie einnehmen, ist nicht dazu da, um verbraucht zu werden, wie dies beim normalen Arbeitseinkommen der Fall ist, sondern dieses Geld muß wieder in Kapital verwandelt werden, das heißt, es muß irgendwo wieder gewinnbringend angelegt

werden. Es besteht also ein Zwang zur Produktion, das heißt zur Anlage dieses Kapitals in irgendeinem Unternehmen, sei es ein Produktionsunternehmen oder auch ein Handelsunternehmen. Die Produktion kann auch von einem Handelsunternehmen angetrieben werden, das durch eine gerissene Propaganda künstlich ein Bedürfnis nach Dingen erzeugt, die in Wirklichkeit gar kein Bedürfnis sind. Heute haben wir viele solche Dinge, die von vielen als ein Bedürfnis empfunden und konsumiert werden, weil eine gerissene Propaganda ihnen dieses Bedürfnis suggeriert hat. Weil aber diese ganze Tätigkeit ausgeht von der Kapitalanlage, so geschieht sie völlig unabhängig vom wirklichen Bedarf an den Waren, vom Konsum. Solange aus einer solchen Produktion Gewinn gezogen, Profit für das angelegte Kapital herausgewirtschaftet wird, wird drauflos produziert, bis plötzlich der Stopp erfolgt, weil zuviel Waren da sind, die nicht mehr gekauft werden. Die Überproduktion an den einen Produkten — zuerst sind es jene, die nicht unbedingt notwendig sind — führt auf gewissen Zweigen der Industrie zu Lohn- druck und Arbeitslosigkeit, und diese führen dazu, daß immer mehr andere Industrien in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Krise mit allen ihren Begleiterscheinungen ist da.

Ganz in diesem Zusammenhang erleben wir auch die *Krisen auf dem Wohnungsmarkt*. Hier wirken noch besondere Faktoren mit. Da die Wohnung etwas absolut Notwendiges ist, so würden in Zeiten einer Wohnungsknappheit von den Mietern Wohnungszinse verlangt, die kein Arbeiter mehr bezahlen könnte, und es würde dieser Zustand zu direkten Katastrophen führen. Daher ist der Staat gezwungen, jeweils Maßnahmen zum Schutze der Mieter zu treffen und die Mietpreise zu begrenzen. Diese Maßnahmen *verringern* aber die Möglichkeit, Profite aus dem in Wohnungsbauten angelegten Kapital zu ziehen. Deshalb wird die Anlage von Kapital in Wohnungsbauten nicht mehr interessant. Das Kapital zieht sich vom Wohnungsbau zurück. Es könnte die allerdrückendste Wohnungsnot entstehen, das rührt die Besitzer von Kapitalien nicht. Es wird nicht gebaut, auch wenn die Menschen auf den Straßen schlafen müßten. Ohne die Aussicht auf Profit läßt sich das Kapital im Wohnungsbau nicht engagieren. Deshalb sind dann die Arbeiter und Angestellten gezwungen, sich in Bau- und Wohnungsgenossenschaften zu vereinigen, um *unter Ausschaltung von Profit* für sich Wohnungen zu erstellen. Beim kapitalistischen, spekulativen Wohnungsbau kommt dann allerdings noch ein weiteres Moment hinzu. Solange in der *Industrie* Hochkonjunktur herrscht und dort große Gewinne eingeheimst werden können, ist der Wohnungsbau für das Kapital ohnehin nicht interessant. In dem Momente jedoch, wo die ersten Anzeichen eines Nachlassens der Hochkonjunktur zu sehen sind, wird das Interesse am Wohnungsbau wieder wach. Dann kommen die Forderungen auf Aufhebung der Mietzinskontrolle, überhaupt auf Lockerung des Mieterschutzes, damit das Kapital wieder

gewinnbringend im Wohnungsbau angelegt werden kann. Fällt dann der Mieterschutz oder wird er so gelockert, daß wieder aus dem Wohnungsbau Profit winkt, dann wird wieder drauflos gebaut, vor allem dann, wenn der andere erwähnte Umstand dazu kommt, daß die Anlage von Kapital in der Industrie riskant geworden und nicht mehr interessant ist.

Was wollen wir mit dieser Schilderung des Wechsels zwischen Krise und Hochkonjunktur, zwischen Wohnungsnot und Wohnungsüberfluß zeigen? Die kapitalistische Wirtschaft, in der sowohl die Bedürfnisse der Menschen wie auch ihre Arbeitskraft nur Objekte sind, um Gewinn daraus für das akkumulierte und irgendwo angelegte Kapital zu erzeugen, schafft nicht nur furchtbare und manchmal tragische Wohnungsnot für viele Tausende, *sie ist auch die Ursache von Not, die aus Krise und Arbeitslosigkeit nicht nur für die Arbeiter und Angestellten entsteht, sondern auch für einen breiten Mittelstand.*

Wie nun die Menschen in ihrer Eigenschaft als *Wohnungsmieter* erkannt haben, daß sie sich zusammenschließen müssen, um gemeinsam Wohnungen für sich zu bauen, damit der Wohnungsnot zu begegnen und sich gegen Wohnungswucher und davor, einfach Objekt der Bauspekulation zu sein, zu schützen, so haben sich die Menschen auch auf andern Gebieten zusammengeschlossen, um gegen die Not zu kämpfen, die die kapitalistische Wirtschaft überall erzeugt. Wie die Bau- und Wohnungsgenossenschaften *aus der Not der Mieter* herausgewachsen sind, so die *Konsumgenossenschaften* aus der Not der *Konsumenten*. Die Konsumgenossenschaften sind in Zeiten großer allgemeiner Not und furchtbaren Wuchers an den Lebensmitteln und Bedarfsartikeln entstanden. Daß sie einem *Bedürfnis* entsprachen und daß die *organisierte Selbsthilfe*, die sie für die breiten Schichten der werktätigen Konsumentenmassen bedeuteten, wirksam und zu einem starken Schutz für diese wurden, beweist ihre gewaltige Entwicklung seit ihrer Entstehung. Zählt man doch heute in Europa über 70 Millionen (die Sowjetunion eingeschlossen) in den Konsumgenossenschaften organisierte Konsumenten, in der Schweiz allein im Verband Schweizerischer Konsumgenossenschaften über 500 000 Mitglieder. Diese 500 000 Konsumenten haben erkannt, daß der Zusammenschluß auch auf diesem Gebiet sie schützt vor Ausbeutung. Wohl ist der Nutzen, den die Konsumgenossenschaften ihren Mitgliedern bringen, heute nicht mehr so leicht sichtbar wie ehemals, als sie dem kleinen Detailhandel durch ihren gemeinsamen Einkauf und die Ausschaltung jeden Zwischenhandels bedeutend überlegen waren. Heute haben sie mit den kapitalkräftigen Großunternehmen des Detailhandels, mit Konzernen, Trusts und Syndikaten zu kämpfen, die, straff organisiert und konzentriert, mit rücksichtslos rationalisierten Betrieben die Spesen drücken, so daß die gesunde Preispolitik der Konsumgenossenschaften und ihres Verbandes, die nicht darauf ausgehen, mit brutaler, das Arbeitstempo in den Betrieben antreibender Rationa-

lisierung die Spesen zu drücken und unbedingt den niedrigsten Preis zu halten, sondern deren Preispolitik die des *sozial gerechten Preises* ist, der auf Gewinnlosigkeit, guter Organisation und *vorbildlichen Arbeitsbedingungen* besteht. Diese Preispolitik sticht nicht in die Augen, aber *sie schützt effektiv den Konsumenten nicht nur in dieser Eigenschaft, sondern sie schützt ihn auch als Arbeiter im Arbeitsprozeß*, sie will allgemein dem Arbeiter den *Arbeitsvertrag* sichern. Diese Preispolitik, die Politik des sozial gerechten Preises, hat zur Grundlage und zum Zweck das Wohl des Menschen in seiner Eigenschaft als Konsument und als Arbeiter oder Angestellter, *sie schützt ihn vor Ausbeutung*. Die Preispolitik des privatkapitalistischen Handels aber geht ausschließlich aus vom Gesichtspunkte des *Konkurrenzkampfes*. Um den Konkurrenten zu schlagen mit einem niedrigen Preis, werden die Spesen rigoros gedrückt, was letzten Endes immer wieder auf Kosten der Arbeitenden geht. Ohne die Existenz der Konsumgenossenschaften, ohne ihre Tätigkeit, ohne ihre Konkurrenz und ihre gesunde Preispolitik des sozial gerechten Preises würden der privatkapitalistische Detailhandel zusammen mit einer vertrusteten Markenindustrie die Menschen als Konsumenten und Arbeiter rücksichtslos ihren Profitinteressen dienstbar machen.

So wirken die Konsumgenossenschaften in gleicher Weise wie die gemeinnützigen Bau- und Wohngenossenschaften, wobei sie aber im Kampfe stehen mit kapitalgewaltigen Konkurrenten und gegen eine Welt von Gegnern kämpfen müssen, die mit demagogischen Mitteln und einer gewaltigen, gerissenen Propaganda (siehe Migros) gegen sie arbeiten, weshalb die großen Dienste, die sie *der gesamten Konsumentenschaft*, der

gesamten arbeitenden Bevölkerung, nicht nur ihren Mitgliedern, leisten, weniger sichtbar sind. Nichts desto weniger sollten die Mitglieder der Bau- und Wohngenossenschaften, die sich hier als Mieter der Vorteile des genossenschaftlichen Zusammenschlusses erfreuen, erkennen, *daß sie auch in die Konsumgenossenschaft gehören und daß sie alles Interesse haben, auch diese in ihren Bestrebungen und in ihrer Arbeit zu unterstützen*, was aber nur dadurch geschehen kann, daß sie auch ihren Bedarf an Lebensmitteln und Bedarfsartikeln in der eigenen Konsumgenossenschaft, *im Laden der eigenen Genossenschaft decken*, und daß sie als denkende Genosschafter der demagogischen Gegenpropaganda nicht erliegen. Über das Wesen der Genossenschaft *an sich* als etwas Gemeinsames, sollten sich alle Mitglieder von Bau- und Wohngenossenschaften aufklären lassen und sollten ihren Blick schärfen für die Zusammenhänge, die in der heutigen Wirtschaft bestehen, und die Tendenzen, die die heutige kapitalistische Wirtschaft verfolgt, so daß sie unterscheiden lernen zwischen kapitalistischem *Schein* und genossenschaftlicher Wirklichkeit.

Diese Aufklärung könnten sie in den *genossenschaftlichen Studiengruppen* holen, die ihnen in gemeinsamer Arbeit, durch anregende Vorträge und Diskussionen dasjenige Wissen bringen, das jeder Genosschafter in seinem eigenen Interesse als Mieter, als Konsument und als Arbeiter oder Angestellter im Arbeitsprozeß haben sollte. *Anmeldungen* nimmt entgegen und Auskunft erteilt in Zürich der Präsident der Studiengruppenkommission des LVZ, *H. Bickel*, Regensdorfstraße 32, Zürich 49.

H. B.

Die Nationale schweizerische Unesco-Kommission

(Mitg.) Am 28. Januar 1949 trat die Schweiz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco) bei. Die Annahmearkunde wurde von ihrem Minister in London überreicht. Einige Monate später hat der Bundesrat gemäß Art. 7 der Verfassung der Unesco vom 16. November 1945 eine nationale Kommission ernannt. Diese erfreut sich einer großen Selbständigkeit. Bei der Wahl ihrer Mitglieder wurde den verschiedenen Gesichtspunkten der schweizerischen intellektuellen Kreise Rechnung getragen. Die Kommission umfaßt einerseits Vertreter von Organisationen, die im Bereiche der Erziehung, Wissenschaft und Kultur sich speziell für die Verwirklichung des Unesco-Programms interessieren, andererseits private Persönlichkeiten, die mit Rücksicht auf ihr persönliches Verdienst und den aktiven Beitrag, den sie bei den Arbeiten der Kommission leisten können, ernannt wurden, sowie Delegierte der Bundes-

behörden. Sie setzt sich aus ungefähr 80 Mitgliedern zusammen, die für eine Periode von vier Jahren gewählt und provisorisch in fünf Sektionen unterteilt sind:

- I. Sektion für Erziehung und Wiederaufbau;
- II. Sektion für genaue, angewandte und Naturwissenschaften;
- III. Sektion für Kultur, Kunst und Literatur;
- IV. Sektion für Philosophie, Staats- und Sozialwissenschaften;
- V. Sektion für Ideen- und Kulturdienst.

Die Sektionen — die erst nächstes Jahr endgültig festgelegt werden — bilden Equipen, die leicht zusammenberufen werden können. Ein Arbeitsausschuß koordiniert die Arbeiten der Sektionen und trifft Entscheidungen dringlichen sowie verwaltungstechnischen Charakters.